

Inhalt

- | | |
|------|---|
| 2-6 | Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Mietenanstieg bekämpfen • Zuwanderung aus Südosteuropa • Rundfunkbeitrag |
| 7-10 | Forum <ul style="list-style-type: none"> • Faire Finanzierung der Kliniken – DKG-Kampagne gestartet
Von Alfred Dänzer • Blauer Himmel, Grüne Stadt: Das Projekt InnovationCity Ruhr in Bottrop
Von Burkhard Drescher |
| 11 | Aus den Städten |
| 12 | Fachinformationen |
| 13 | Personalien |
| 16 | Termine |

Wasserversorgung: Hohe Qualität, stabile Preise sichern, Privatisierung verhindern

Die Städte warnen vor einer Privatisierung der Wasserversorgung und vor steigenden Preisen. Der Deutsche Städtetag fordert das Europäische Parlament auf, die kommunale Wasserversorgung aus der EU-Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen herauszunehmen. „Die kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland sichert eine hohe Qualität des Trinkwassers zu bezahlbaren Preisen und investiert nachhaltig in die Infrastruktur. Das beweist auch die hohe Zufriedenheit der Verbraucher. Um eine Wasserversorgung in kommunaler Hand zu behalten, setzt die EU-Richtlinie die Hürden aber so hoch, dass eine Reihe von Kommunen sie nicht erfüllen könnten“, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss am 5. und 6. Februar in Bremerhaven.

Die kommunale Wasserwirtschaft müsse unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können, wo Kommunen dies wünschen. Darauf müsse auch die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament drängen, in dem sich deutsche EU-Abgeordnete bereits mehrheitlich und parteiübergreifend für eine Herausnahme der Wasserversorgung aus der Richtlinie einsetzen.

Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments hatte am 24. Januar dem Entwurf einer Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen mehrheitlich zugestimmt. Diese Richtlinie sieht derzeit vor, dass Kommunen ihre Wasserversorgung europaweit ausschreiben müssen, wenn sie nicht zu 100 Prozent öffentlich-rechtlich organisiert ist. Zahlreiche Stadtwerke, die in der Regel neben der Wasserversorgung noch andere Sparten bedienen, wie Energie oder Abfallentsorgung, müssten sich nach einer Übergangsfrist ab 2020 einem Konzessionsvergabeverfahren stellen.

„Wir müssen damit rechnen, dass diese Richtlinie der Privatisierung im Wasserbereich Tür und Tor öffnet mit negativen Folgen für die Bevölkerung“, so Ude. Es bestehe die Gefahr, dass bewährte bürgernahe Strukturen der Wasserversorgung durch die Stadtwerke verloren gehen. Auch Qualitätseinbußen beim Trinkwasser könnten dann nicht ausgeschlossen werden. „Wir brauchen eine kommunale Wasserwirtschaft, die nachhaltig handelt und den technisch allerhöchsten Standard auch für die kommenden Generationen sichert. Deshalb muss die Wasserversorgung aus dem

(Fortsetzung auf Seite 2)

Anwendungsbereich der EU-Richtlinie herausgenommen werden“, sagte Ude. Wenn sich dafür keine Mehrheit finde, müsse das EU-Parlament die Richtlinie ablehnen. Die Hoffnung auf sinkende Preise durch Privatisierungen in der Wasserversorgung habe sich beispielsweise in Frankreich und England nicht erfüllt. Das Gegenteil sei der Fall.

Wenn die Wasserversorgung nach der derzeit vorliegenden EU-Richtlinie auch zukünftig in kommunaler Hand gehalten werden soll, müsste sie in vielen Städten umorganisiert werden. Das heißt, die Wasserversorgung müsste als eigenständige hundertprozentige Tochter der Kommune ausgegliedert werden. Eine Umstrukturierung, so Ude, verursache allerdings mehr Bürokratie und höhere Kosten, etwa

durch eine Extra-Rechnungslegung, Datenbank- und Kundenpflege.

Die Richtlinie stehe zudem im Widerspruch zum Vertrag von Lissabon, der die kommunale Selbstverwaltung bei der Daseinsvorsorge betont, zu der die Wasserversorgung ausdrücklich gehöre. Die geplante Ausschreibungspflicht greife daher in das Recht der Mitgliedstaaten auf die eigene Organisation ihrer Aufgaben der Daseinsvorsorge ein.

Zudem werde in der EU-Wasserrahmenrichtlinie deutlich herausgestellt, dass Wasser keine übliche Handelsware ist, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.

Anstieg der Mieten und Wohnungsmangel durch Neubau, höheres Wohngeld und wirksamen Mieterschutz bekämpfen

Angesichts eines starken Anstiegs der Mieten und eines erheblichen Mangels an Wohnungen in vielen Großstädten fordert der Deutsche Städtetag ein entschlossenes Vorgehen von Bund und Ländern. Der Neubau von Wohnungen müsse ebenso gesichert werden wie ein wirksamer Schutz der Mieter, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes in Bremerhaven.

„In vielen Städten wird es für eine wachsende Anzahl Menschen immer schwerer, bezahlbare Wohnungen zu finden“, so Ude: „Das ist besonders für Familien mit geringen Einkommen ein Problem. Es trifft in Städten in Hochpreisregionen inzwischen aber auch immer mehr Haushalte mit mittleren Einkommen. Bund und Länder müssen auf die steigenden Mieten und die fehlenden Wohnungen reagieren. Die Lage in einer Reihe von Städten ist brisant.“

Das gelte besonders für viele Großstädte, Universitätsstädte und Städte in wirtschaftlich starken Regionen. Diese Städte werden attraktiver, Menschen ziehen hinzu, die Stadtbevölkerung steigt – allerdings

ohne dass im gleichen Maße genügend Wohnraum vorhanden ist oder neu geschaffen wurde. Die Folge ist dann häufig eine Preisspirale – wachsende Wohnraumknappheit und steigende Mieten. Für eine zusätzliche Verknappung preisgünstigen Wohnraumes sorgt vielerorts ein Bündel weiterer Faktoren. Dazu zählen beispielsweise die Kosten für die energetische Sanierung von Gebäuden oder für den altengerechten Umbau von Wohnungen, die den städtischen Wohnraum zusätzlich verteuern, sowie fehlende Bauflächen.

Städtetagspräsident Ude: „Der öffentliche, private und genossenschaftliche Wohnungsbau muss angekurbelt werden, und die Mieter müssen wirksam gegen hohe Mieten geschützt werden. Wir brauchen vor allem mehr preiswerten Wohnraum. Um die wachsende Mietbelastung vieler Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen auf einem erträglichen Niveau zu halten, müssen Bund und Länder das Wohngeld erhöhen, also an die Miet- und Einkommensentwicklung anpassen.“

Welche Maßnahmen aus Sicht der Städte über die von Bundestag und Bundesrat beschlossene Mietrechtsreform hinaus ergriffen werden sollen, wolle der Deutsche Städtetag in den nächsten Wochen beraten.

Ude kritisierte die Flucht von Finanzinvestoren ins „Betongold“ durch den Kauf von Immobilien. Finanzinvestoren sollten endlich in den Neubau investieren und neue Wohnungen schaffen statt nur mit Altbauspekulation die Immobilienpreise und damit letztlich die Mieten in die Höhe zu treiben.

Der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Hans Schaidinger aus Regensburg, sagte: „Der Bau von bezahlbaren Wohnungen ist das A und O, um den Wohnungsmangel in vielen Großstädten zu bekämpfen. Dafür sind Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gefordert. Der Bund muss zum Beispiel die Mittel für die soziale Wohnraumförderung über das Jahr 2014 hinaus bis 2019 zur Verfügung stellen und mit einer Zweckbindung versehen, damit das Geld auch in den Städten ankommt. Die Länder müssen ihre Förderung ebenfalls verbessern.“

Die Kommunen müssten sich auf den Bau preiswerter Mietwohnungen und den Neubau geförderten Wohnraums konzentrieren. Sie können mit einer aktiven Baupolitik dazu beitragen, dass mehr Baugrundstücke zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Bund und Länder seien ebenfalls gefordert, geeignete Grundstücke aus eigenem Besitz für den Neubau von Wohnungen in den Städten bereitzustellen.

Schaidinger sagte abschließend: „Anreize für mehr Wohnungsbau und Mieterschutz müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Die Bereitschaft der Wohnungswirtschaft für Investitionen muss unterstützt werden, damit ein größeres Angebot und damit auch günstigerer Wohnraum entsteht.“ Einen sinnvollen Ansatz zum Mieterschutz habe der Bund mit der Kappungsgrenze von 15 Prozent für Mieterhöhungen bei bestehenden Verträgen bereits beschlossen.

Weitere Beschlüsse von Präsidium und Hauptausschuss in Bremerhaven

- Gesetzentwurf Asylbewerberleistungsgesetz
- Aktuelle Probleme der Zuwanderung und Asylverfahren
- Welterbe-Städte
- Auswirkungen des neuen Rundfunkbeitrags auf die Kommunen
- Aktionskampagne der Deutschen Krankenhausgesellschaft
- Gewalt bei Fußballspielen
- Umsetzung des Rechtsanspruchs für Kinder unter drei Jahren
- Konzessionsvergaberichtlinie der EU
- Deutsch-Israelische Städtepartnerschaften

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse-Ecke“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Zusätzliche Informationen für Mitglieder des Deutschen Städtetages stehen in einzelnen Fachbereichen im Extranet unter <http://extranet.staedtetag.de>.

„Armutszuwanderung aus Südosteuropa braucht Lösungen durch Bund, Länder und EU – Städte werden weitgehend alleingelassen“

Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder sowie die Europäische Union auf, sich intensiver mit der Armutszuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien zu befassen. Nach Einschätzung der Städte muss eine Diskussion auf europäischer Ebene angestoßen werden, wie in den Herkunftsländern die Lebensbedingungen verbessert werden können, um Armutswanderungen innerhalb der EU unnötig zu machen. Außerdem brauchen die betroffenen Städte Unterstützung von Bund, Ländern und EU, um bestehende Probleme durch die Zuwanderung bewältigen zu können. Ziel aller handelnden Akteure muss es sein, Voraussetzungen für eine gute Lebensperspektive aller Menschen, sowie für ein friedliches und respektvolles Miteinander zu schaffen.

„In Deutschland leben viele Menschen aus Rumänien und Bulgarien, die gut integriert sind. Allerdings kommen aus beiden Ländern auch viele Menschen in deutsche Städte, die in ihrer Heimat unter sehr schwierigen Bedingungen oft in Armut lebten und bessere Lebensverhältnisse suchen“, erklärte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude: „Das ist individuell verständlich. Die in Deutschland etablierten Förderstrukturen und Konzepte zur Integration eignen sich jedoch nicht dafür, europäischen Armutswanderungen effektiv zu begegnen. Zudem werden die Betroffenen in den Städten schwer erreicht, Hilfsangebote greifen zu wenig.“ Das liege oft an fehlenden Sprachkenntnissen und an geringer Bildung, aber zum Teil auch an schlechten Erfahrungen, welche die Menschen in den Herkunftsländern mit offiziellen Stellen und Institutionen gemacht haben.

„Die realen Probleme dieser Menschen müssen bewältigt werden und es braucht passende neue Ansätze, diese Menschen aus ihrer sozialen Notlage zu befreien“, so Christian Ude: „Dafür müssen sowohl die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern verbessert werden als auch Bedingungen geschaffen werden, die hierzulande kommunales Handeln ermöglichen und ein friedliches Miteinander von Zuwanderern und anderen Bevölkerungsgruppen der Stadtgesellschaft fördern. Die betroffenen Städte stehen hier vor enormen Herausforderungen, es besteht erheblicher Handlungsbedarf.“

Auf Initiative der Städte Dortmund und Duisburg hatte der Deutsche Städtetag im Sommer 2012 eine Arbeits-

gruppe aus Mitgliedsstädten eingerichtet, die von der Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien besonders betroffen sind. Der Deutsche Städtetag und die beteiligten Städte stellen in einem Positionspapier fest, dass es viele gut integrierte Menschen aus Rumänien und Bulgarien in den Städten gibt. In den vergangenen Jahren erfolgte aber eine teilweise erhebliche Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien, die bereits in ihren Herkunftsländern deutlich sozial benachteiligt waren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Zuwanderer aus diesen Ländern im ersten Halbjahr 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 88.000 Personen bzw. fast 24 Prozent.

Erfahrungen der Städte

Nach Erfahrungen der Städte zeigen sich nach der Aufnahme in Deutschland vor allem Schwierigkeiten in folgenden Bereichen:

- **Gesundheit:** Oft ist der Gesundheitszustand schlecht. Meist fehlt eine Krankenversicherung, so dass hierzulande nur eine Notfallversorgung möglich ist. Oft fehlt ein Impfschutz.
- **Kinder/Bildung:** Städtische Ämter registrieren eine steigende Anzahl von Inobhutnahmen von Kindern. Es kommt zu Problemen in den Schulen auch aufgrund fehlender Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen. Eine notwendige intensive Förderung ist nicht möglich.
- **Wohnen:** Die Armutsfüchtlinge leben zum Teil in überfüllten Wohnungen und in verwahrlosten Immobilien, teilweise in sonstigen provisorischen Unterkünften. Viele zahlen horrenden Summen an Vermieter von völlig heruntergekommenen Immobilien.
- **Soziales Miteinander/Integration:** In den betroffenen Stadtteilen ist der soziale Umgang untereinander zum Teil stark belastet. Fälle von Kriminalität, Bettelerei und Prostitution führen zu Problemen in den Nachbarschaften.
- **Arbeitsmarkt:** Viele Zugewanderte gehen der Schwarzarbeit nach. Ämter registrieren eine starke Zunahme von (Schein-)Gewerbeanmeldungen.

„Mittlerweile wird sehr deutlich, dass eine Lösung der Probleme der Armutswanderung allein auf kommunaler Ebene nicht möglich ist. Aktuell gibt es weder einen rechtlichen Rahmen, noch verfügen viele Städte über ausreichend finanzielle Mittel, um die zahlreichen Schwierigkeiten abzumildern oder gar zu lösen. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb Bund, Länder und die Europäische Union auf, das Problem der Zuwanderung aus Südosteuropa stärker wahrzunehmen und Strategien zu seiner Lösung zu entwickeln“, so Städtetagspräsident Ude.

Positionspapier des Deutschen Städtetages

Nach Auffassung des Deutschen Städtetages und der betroffenen Städte müssen alle Bevölkerungsgruppen in allen Mitgliedstaaten der EU eine Chance auf ein gutes Leben in ihrer Heimat haben. Zudem muss für den Umgang mit Zuwanderung eine finanzielle Grundlage für kurz-, mittel- und langfristige Hilfsmaßnahmen geschaffen und der rechtliche Rahmen überprüft werden.

Das Positionspapier soll eine Diskussion über mögliche Lösungsansätze anstoßen. Es enthält deshalb erste inhaltliche Anregungen für Forderungen an Länder, Bund und EU, die mit diesen Ebenen weiter diskutiert werden müssen. Der Deutsche Städtetag begrüßt die begonnenen Gespräche einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe als ersten Baustein, um Handlungsansätze zur Armutszuwanderung aus Südosteuropa zu entwickeln. Aus Sicht der Städte sind unter anderem diese Themen zu klären bzw. Überlegungen zu diskutieren:

- **Krankenversicherung:** Ein ausreichender Krankenversicherungsschutz sowie ausreichende Existenzmittel sind bei Nichterwerbstätigen Voraussetzungen der Freizügigkeit in der EU. Daher sollte erörtert werden, wie die Krankenversicherungspflicht auch tatsächlich durchgesetzt werden kann und Umgehungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden können. Geprüft werden sollte, ob im Melderecht und im Gewerberecht Regelungen aufgenommen werden können, die eine anlassbezogene Überprüfung der Voraussetzungen der Freizügigkeit ermöglichen.
- **Nothilfen:** Prüfung eines Fonds zur Gesundheitsversorgung von Migranten aus Rumänien und Bulgarien mit nicht oder nicht ausreichender Krankenversicherung; Schaffung von Notunterkünften, Beratungs- und Sozialarbeit oder Rückführungsprogramme mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds oder über einen „Fonds für europäische Armutszuwanderer“.
- Wie können Bund und Länder die besonders geforderten Städte bei Hilfsangeboten unterstützen? Diskutiert werden sollten Kostenpauschalen für betroffene Kindergärten und Schulen sowie Zuschüsse bei Beratungsdiensten, Sprachförderangeboten, Berufsbildungsinitiativen und bei Rückkehrerhilfsprogrammen.

Das „Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien“ ist als PDF abrufbar in der Rubrik „Pressemitteilungen“ unter www.staedtetag.de.

Weitere Fachinformationen sowie Berichte aus den Gremien sind für Mitglieder des Deutschen Städtetages abrufbar im Extranet des Deutschen Städtetages unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Neuer Rundfunkbeitrag verursacht Mehrbelastung für die Städte – Kommunen und Rundfunkanstalten streben gemeinsame Lösung an

Der Deutsche Städtetag hat auf zusätzliche finanzielle Belastungen und einen deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand in den Städten für die Erhebung des neuen Rundfunkbeitrages hingewiesen. Gleichzeitig sind die Städte an konstruktiven Gesprächen mit den Rundfunkanstalten interessiert, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu finden. Dazu sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus: „Der Deutsche Städtetag stimmt der geräteunabhängigen Bemessung des Rundfunkbeitrags grundsätzlich zu. Wir sind allerdings an einer gerechten Lösung interessiert, die die Kommunen nicht überfordert.“

Nach Hinweisen der Städte auf deutliche Kostensteigerungen und einen gewachsenen Verwaltungsaufwand durch die Neuberechnung des Rundfunkbeitrages hatte der Deutsche Städtetag Mitte Januar die Rundfunkkommission der Länder darum gebeten, eine gerechte Lösung zu suchen. Parallel bemüht sich der Deutsche Städtetag um eine detaillierte Aufklärung, wie sich die Belastungen der Städte und der Verwaltungsaufwand im Einzelnen erhöht haben.

Am Rande der Präsidiumssitzung in Bremerhaven, die sich auch mit dieser Thematik beschäftigte, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, einer Zeitung: „Die neue Gebührenberechnung ist mit einem gigantischen Aufwand verbunden, zumindest bei der Ersterfassung. Aber unsere Hauptkritik ist, dass wir bereits jetzt Fälle vorliegen haben, bei denen sich die Gebührenbelastung verdreifacht bis verfünffacht. Wir meinen: Das ist mit dem Versprechen der Aufkommensneutralität nicht zu vereinbaren.“

Nach der ARD signalisierten auch das ZDF und der Deutschlandfunk Gesprächsbereitschaft mit den kommunalen Spitzenverbänden. Der Deutsche Städtetag begrüßt die Gesprächsangebote von ARD und ZDF über die Auswirkungen des neuen Rundfunkbeitrages für die Kommunen. „Wir erhoffen uns von diesem Dialog eine konstruktive Lösung, die den Verwaltungsaufwand und die zum Teil erheblichen Kostensteigerungen für die Städte begrenzt“, so Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus.

Bei einem ersten Treffen am 8. Februar zwischen ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände über eine Neuregelung des Rundfunkbeitrages der Kommunen wurden folgende Ergebnisse erreicht:

1. Die Kommunen betrachten unverändert den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als wesentlichen Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge. Sie tragen die jetzt vorgesehene geräteunabhängige Beitragsbemessung grundsätzlich mit und sind im Rahmen des bisherigen Aufkommens der öffentlichen Hand bereit, im bisherigen Umfang ihren Beitrag zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu leisten.
2. Die Vertreter der Kommunen und des ZDF sind sich einig, dass die neue Berechnung des Rundfunkbeitrages bei den Städten, Kreisen und Gemeinden zu einer erheblichen Mehrbelastung führt.
3. Die Vertreter des ZDF nehmen die Sorgen der Kommunen hinsichtlich des zu zahlenden Rundfunkbeitrages sehr ernst und sind bereit, in dieser Angelegenheit auf die Staatskanzleien der Länder zuzugehen. Sie werden bei den Staatskanzleien anregen, den Zeitpunkt der vorgesehenen Evaluation des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags zu überprüfen, sobald von allen Seiten valides Zahlenmaterial vorliegt.
4. In der Zwischenzeit werden die kommunalen Spitzenverbände in Absprache mit den Staatskanzleien die Angaben zur Bemessungsgrundlage und Beitragsbelastung bei den Städten, Kreisen und Gemeinden erheben.

Weitere Gespräche finden zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und Vertretern der ARD am 7. März in Berlin statt.

Der Beschluss des Deutschen Städtetages „Auswirkungen des neuen Rundfunkbeitragsverfahrens auf die Kommunen“ vom 6. Februar ist abrufbar in der Rubrik „Presse“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Faire Finanzierung der Kliniken – DKG startet Kampagne „Wir alle sind das Krankenhaus“

Von Alfred Dänzer

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft und ihre Mitgliedsverbände haben am 4. Februar 2013 die Informationskampagne „Wir alle sind das Krankenhaus“ gestartet. Sie soll gleichzeitig zunächst in allen Landeshauptstädten und später in weiteren Städten sowie vor Ort in Kliniken das Augenmerk der Politik und der Öffentlichkeit auf die Herausforderungen einer qualitativen Krankenhausmedizin sowie einer fairen Finanzierung der Kliniken richten. Krankenhausgesellschaften, Krankenhäuser und Krankenhausverbände können sich in den Verlauf der Informationskampagne einschalten und mit eigenen Aktionen die Wirkung der Kampagne verstärken. Zahlreiche Kliniken und Krankenhausgesellschaften haben bereits seit Ende vergangenen Jahres den verstärkten Dialog mit der Politik und die Debatte in der Öffentlichkeit gesucht. Diese Aktivitäten werden mit den jetzt gestarteten Aktivitäten aufgegriffen und intensiviert. Zentrale und dezentrale Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen greifen in den kommenden Wochen und Monaten bundes- und landesweit ineinander.

Die Krankenhäuser sind das Rückgrat der medizinischen Versorgung in Deutschland. Als Innovationsmotor haben die Kliniken entscheidenden Anteil daran, dass die Patienten schnell von medizinischen Neuerungen profitieren können. Mit über 35 Millionen stationären und ambulanten Behandlungsfällen im Jahr versorgen die 2.045 Kliniken insbesondere Notfälle sowie schwere und komplexe Krankheiten. Die Kliniken sichern nicht nur die Krankenversorgung rund um die Uhr, sondern sind auch eine tragende Säule des medizinischen Fortschritts. Mit 63 Milliarden Euro Wertschöpfung aus der stationären Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherten sind die deutschen Krankenhäuser ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und ein maßgeblicher Jobmotor im Wachstumsmarkt Gesundheitswesen. In vielen Regionen ist das Krankenhaus der größte Arbeitgeber.

Gleichwohl blicken die Krankenhäuser und ihre 1,1 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine mehr denn je ungewisse Zukunft. Fortgesetzte Kürzungen durch die Politik, Preisbegrenzungen, Energie- und Sachkostensteigerungen und massive Tarifierhöhungen bringen immer mehr Krankenhäuser in wirtschaftlich bedrohliche Lagen und gefährden die Patientenver-

sorgung – ein Problem von nationaler Tragweite. Die Kampagne „Wir alle sind das Krankenhaus“ ist daher ein Aufruf zur öffentlichen Diskussion. Wir müssen dringend einen Denkprozess in Gang setzen, damit die Fakten und Realitäten in unseren Kliniken von der Politik sachgerecht wahrgenommen werden.

Denn die Gesellschaft braucht gesunde Kliniken, die Patienten haben hohes Vertrauen in die Krankenhäuser in Deutschland. Selbst von Krankenkassen initiierte Umfragen ergeben einen hohen Zufriedenheitsgrad der Bürger mit ihren Krankenhäusern, die sie in den Regionen wohnort- und familiennah gesichert haben wollen. Es kann deshalb nicht sein, dass die Kliniken – trotz Milliardenüberschüssen bei den Krankenkassen – dauerhaft unterfinanziert bleiben und sich fast täglich gegen mit unredlichen Totschlagargumenten geführte Angriffe zur Wehr setzen müssen. Verschwiegen wird dabei, dass zum Beispiel seit 2005 der Anstieg im Krankenhausbereich prozentual unter dem Anstieg der Ausgaben der Kassen für die Gesundheitsausgaben insgesamt und auch unter dem der niedergelassenen Ärzte geblieben ist. Tatsache ist zudem, dass der Anteil der Ausgaben für Krankenhausleistungen an den Kassenausgaben heute so hoch ist wie vor zehn Jahren – obwohl über eine Million mehr Patienten stationär behandelt werden und sich die Behandlungsmöglichkeiten enorm verbessert haben.

Gleichzeitig hat sich die wirtschaftliche Lage in den deutschen Krankenhäusern laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts in den vergangenen beiden Jahren spürbar verschlechtert. 2011 schrieb fast jede dritte Klinik rote Zahlen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Steigerung um rund ein Drittel. In fast 60 Prozent der Kliniken ist das Geschäftsergebnis zudem rückläufig gewesen. Ihre wirtschaftliche Lage schätzte 2012 nur noch gut ein Viertel der Kliniken als gut ein. Noch pessimistischer fallen die Zukunftserwartungen der Krankenhäuser für 2013 aus. Nur 22 Prozent erwarten eine Verbesserung, jedoch fast 40 Prozent der Krankenhäuser eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation.

Unterdessen legt die Politik den Kliniken über neue Gesetze immer höhere Anforderungen auf, ohne ihre Finanzierung zu sichern. Von den Krankenhäusern

werden Modernität und maximale Sicherheit erwartet. Eine zum Beispiel wirksame Prävention vor Infektionen erfordert auch Investitionen in die Krankenhausbauten und die Ausstattungen der Kliniken. Dafür werden ebenso dringend ausreichende Mittel benötigt wie für die mit dem Infektionsschutzgesetz gestiegenen Verpflichtungen zur höheren Personalausstattung im Hygienebereich. Im Kern bleibt: Die Politik verlangt den Kliniken immer mehr ab, ohne die Finanzmittel bereit zu stellen. Investitionen in Sicherheit, verbesserter Hygiene, Qualität und Personal erfordern aber ausreichende finanzielle Mittel.

Das Hauptproblem für die Kliniken ist die Refinanzierung der Kosten bei gleichzeitig weiter stattfindenden Kürzungen in Milliardenhöhe. Die Kosten der Krankenhäuser steigen seit Jahren schneller als die Vergütungen. Diese immer weiter auseinanderklaffende Kosten-Erlös-Schere bringt viele Kliniken zunehmend in finanzielle Bedrängnis. Für 2013 gibt die Koalition den Kliniken einen Zuwachs der Vergütungen per Gesetz von unter 2 Prozent vor – bei Gesamtkosten der Häuser von 4 Prozent und mehr. Die Deutsche Bahn erhöht die Preise, wenn die Kosten steigen. Dieser Weg wird den Krankenhäusern durch die Gesetzgebung verbaut. Gesetzliche Kürzungen verschärfen das Problem zusätzlich. Fakt ist: Der stationäre Sektor könnte besser dastehen, wenn die Koalition den Kliniken nicht für die Jahre 2011 bis 2014 rund 2,1 Milliarden Euro entziehen würde.

Entlastung sollte eigentlich der neue Orientierungswert bringen. Die Erwartung war groß. Die Enttäuschung umso größer: Mit 2 Prozent ist der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Wert weit von der tatsächlichen Belastung der Kliniken entfernt. Dies liegt unter anderem an methodischen Mängeln des Kostenorientierungswertes. Maßgebliche Personal- und Sachkosten der Krankenhäuser werden überhaupt nicht krankenhausspezifisch erfasst. Zudem ist der Wert vergangenheitsbezogen. Demgegenüber müssen die

Kosten der Krankenhäuser im jeweils laufenden Jahr gedeckt werden. Weder die Grundlohnrate noch der so ermittelte Orientierungswert sind geeignet, die Krankenhausfinanzierung so sicherzustellen, wie dies erforderlich ist.

Darüber hinaus befindet sich die Investitionsförderung der Bundesländer auf einem absoluten Tiefstand. Der Rückgang der Investitionsmittel innerhalb der letzten 10 Jahre beläuft sich mittlerweile auf 20 Prozent. Für die Krankenhäuser stellt sich die Lage als zunehmend katastrophales Dilemma dar. Sie befinden sich im Zangengriff von Kürzungen bei den Vergütungen durch den Bundesgesetzgeber und den Kürzungen der Investitionsmittel durch die Länder. Dabei kann in kaum einem anderen Bereich wie im Krankenhauswesen die öffentliche Investitionsförderung einen so starken Wachstums- und Konjunkturschub bei zugleich hohem sozialem Nutzen bewirken.

Es hilft nicht, die Krankenhäuser gesünder zu wollen! Die Deutsche Krankenhausgesellschaft appelliert nachdrücklich an die Regierungskoalition, schnell umzusteuern: Wir fordern, den Kliniken die Mittel aus den bevorstehenden Kürzungen in Höhe von möglicherweise 750 Millionen Euro zu belassen. Auch die Minderung der Preise bei steigendem Behandlungsbedarf ist nicht länger akzeptabel. Finanzielle Unterstützung für die Krankenhäuser ist auch bei Ausbildung und Rekrutierung des Fachpersonals zur besseren Bekämpfung von Infektionen notwendig. Die Krankenhäuser haben die klare Erwartung an die Politik, konkrete Hilfe noch in dieser Legislaturperiode zu bekommen.

Die Kliniken brauchen faire Rahmenbedingungen, mit denen unabwendbare Kostenbelastungen tatsächlich auch refinanziert werden können.

Alfred Dänzer
Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft

Beim Krankenhausgipfel am 19. Februar in Berlin kamen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Krankenhäusern, Verbänden und Trägergesellschaften zusammen, um mit der Politik in Dialog zu treten. Die verabschiedete Petition ist abrufbar unter www.dkgev.de.

Blauer Himmel, Grüne Stadt: Das Projekt InnovationCity Ruhr in Bottrop auf dem Weg zum Erfolg

Von Burkhard Drescher

Seit knapp zwei Jahren läuft das Projekt InnovationCity Ruhr in der Modellstadt Bottrop. Das Ziel ist, einen klimagerechten Stadtumbau bei gleichzeitiger Sicherung des Industriestandorts in Bottrop voranzutreiben. Konkret sollen dazu der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen halbiert und die Lebensqualität gesteigert werden. Diese Aspekte werden durch den Slogan „Blauer Himmel, Grüne Stadt“ symbolisiert. Inzwischen laufen über 125 Einzelprojekte, die den Handlungsfeldern Wohnen, Arbeiten, Mobilität, Energie und Stadt zugeordnet werden können. Ein Großteil wird bereits umgesetzt und konnte teilweise schon abgeschlossen werden.

Energiewende von unten

Der Ansatz mit dem die Ziele der InnovationCity Ruhr erreicht werden sollen, lässt sich als „Energiewende von unten“ beschreiben. Durch die energetische Sanierung einzelner Gebäude, eine intelligente und nachfragegesteuerte Vernetzung der Gebäude untereinander und Energiemanagementsysteme innerhalb von Stadtquartieren und Gewerbegebieten kann lokal erzeugter Strom und Wärme auch lokal verbraucht werden. So sinkt der Energieverbrauch einzelner Nutzer und die dezentrale regenerative Energieerzeugung wird gesteigert.

Die Umsetzung dieser Strategie und das Erreichen der konkreten Einsparziele kann nur gelingen, wenn alle partizipierenden Anspruchsgruppen konstant in das Gesamtprojekt eingebunden werden. Dies betrifft führende Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft, Politik auf Landes-, Bundes und EU-Ebene, die Stadt Bottrop und ausdrücklich auch die Bottroper Bürgerinnen und Bürger. Ein solches intensives Zusammenwirken bei einem Projekt dieser Größenordnung ist einmalig. In der InnovationCity Management GmbH arbeitet ein Team von Mitarbeitern aus Stadt und Industrie. Die Gesellschaft versteht sich dabei als Plattform und Moderator, um alle Gruppen zusammenzubringen und neue Partnerschaften zu fördern.

Für Bottrops Oberbürgermeister Bernd Tischler ist dieses Projekt nicht nur eine Chance für die Stadt

selbst, sondern auch eine Möglichkeit zu zeigen, wie die Transformation eines traditionell industriegeprägten Ortes im Ruhrgebiet zu einer „grünen Stadt“ unter „blauem Himmel“ gelingen und zeitgleich der Industriestandort gestärkt werden kann. Der umfassende und nachhaltige Ansatz sei dabei nicht nur ein entscheidender Schritt beim Klimaschutz, sondern auch ein Mehrwert für die Bottroper Bürgerinnen und Bürger, da im Rahmen der InnovationCity Ruhr auch die Lebensqualität steige. Das Pilotgebiet sei als eine Art Labor zu verstehen, das als Vorbild für weitere Städte und Regionen im Ruhrgebiet und darüber hinaus dienen könne.

Aktivierung der Bottroper Bevölkerung

Insbesondere das Engagement der Bottroperinnen und Bottroper in ihren eigenen vier Wänden ist gefragt, da in Wohnhäusern ein enormes Sanierungs- und damit auch Energiesparpotenzial liegt. Hier bietet das Projekt für Interessenten Hilfestellungen an: Bottroper Bürger können im Rahmen eines individuellen, kostenlosen Beratungsgesprächs mit einem Energieberater des Zentrums für Information und Beratung (ZIB) der InnovationCity Ruhr erfahren, welche Sanierungsmaßnahmen an ihrem Gebäude sinnvoll durchgeführt werden können und welche Finanzierungsmöglichkeiten es dabei gibt. Bis heute wurden circa 1.000 dieser Erstberatungen durchgeführt. In einer folgenden Umsetzungsberatung können die Bürger sich dann ebenfalls kostenlos von freien Energieberatern aus dem Partnernetzwerk beraten lassen, wie konkret energetische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Diese Energieberater können die Umsetzung auch direkt begleiten.

Bei kostenlosen Themenabenden, unter anderem zu den Themen Dämmung, Heizung, Förderung und Solar, können sich die Bürger ebenfalls informieren und so einen Überblick über entsprechende Technologien und ihre Einsatzmöglichkeiten erhalten. Zu Beginn der Veranstaltungen hält dazu ein Energieberater des ZIB einen produkt- und herstellerneutralen Vortrag und beantwortet darin allgemeine Fragen. Im Anschluss können die Teilnehmer in Gesprächen mit den Tech-

nologieherstellern erfahren, welche Produkte für ihr Eigenheim in Frage kommen.

InnovationCity Ruhr erleben

Die Inhalte des Projektes InnovationCity Ruhr beschränken sich aber nicht nur auf Strategien, Planungsprozesse und Beratungsangebote. Unter den 125 Einzelprojekten sind zahlreiche Vorhaben, die konkret veranschaulichen, wie Energie und CO₂-Emissionen eingespart werden können und auf deren Basis neue technologische Standards entwickelt werden können.

Ein beispielhaftes Leuchtturmprojekt ist in diesem Zusammenhang der Bau der Bottroper „Zukunftshäuser“. Mit diesem Projekt sollen zusammen mit den wichtigsten Partnerunternehmen drei Bestandsgebäude im Pilotgebiet der InnovationCity Ruhr|Modellstadt Bottrop, jeweils ein Einfamilienhaus, ein Mehrfamilienhaus und ein Geschäftshaus, zu Plus-Energie-Häusern umgebaut werden. Die in einem deutschlandweit einzigartigen Wettbewerb ausgewählten Häuser erzeugen nach dem Umbau mehr Energie als ihre Nutzer im Gebäude verbrauchen. Energieüberschüsse werden ins Netz eingespeist und können in einem nächsten Schritt zum Laden von Elektrofahrzeugen genutzt werden.

Dieser neue Ansatz bei der Sanierung von Bestandsgebäuden kann nur unter Verwendung innovativer Technologien erreicht werden. Viele Hersteller beteiligen sich an diesem Projekt mit modernen, teils neu entwickelten Produkten, um so Fachpublikum aber auch interessierten Bürgern zu zeigen, was bei der energetischen Sanierung von diesen Gebäudetypen möglich ist.

Nähere Informationen zu diesem Projekt gibt es unter www.zukunftshaus.org.

Ein weiteres „erlebbares“ Projektfeld ist die Elektromobilität. Dazu zählt unter anderem ein Verleihsystem, bei dem die Bottroper Bevölkerung Elektro-Fahrräder (Pedelects) kostenlos und Elektro-Roller gegen eine geringe Gebühr leihen können. So bietet sich jedem Interessenten die Chance, Elektromobilität selbst zu er-„fahren“. Ergänzt wird dieses Angebot durch den Ausbau eines Carsharing-Programms mit Elektrofahrzeugen. In Zusammenarbeit mit einer Wohnungsbaugesellschaft haben Mieter die Möglichkeit bei

dem Projekt „Ruhrautoe“ moderne E-Fahrzeuge für wenige Stunden oder ganze Tage gegen ein Entgelt zu nutzen.

Neben diesen genannten Vorhaben existieren noch zahlreiche weitere Einzelprojekte, wie zum Beispiel die bundesweit energieeffizienteste Tankstelle im Pilotgebiet; ein mit intelligenter Hausautomation ausgestatteter Kindergarten, in dem die Kinder bereits mit dem Thema Energieeffizienz in Kontakt gebracht werden; ein Metallbauunternehmen, das den Energiebedarf seiner hochenergetischen Arbeitsprozesse vollständig mit Sonnenenergie deckt. Eine Übersicht gibt es unter www.icruhr.de.

Masterplan und Innovationshandbuch

Eine der zentralen Grundideen der InnovationCity Ruhr ist der ganzheitliche Ansatz, wonach klimagerechter Stadtumbau nur bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Zusammenwirkens verschiedener technischer, sozialer und wirtschaftlicher Aspekte gelingen kann. Dementsprechend müssen die einzelnen Projekte zur inhaltlichen Abstimmung und zur Nutzbarmachung von Synergieeffekten in einen Gesamtrahmen eingebunden werden. Hierfür ist die Entwicklung eines übergeordneten Masterplans mit einem konkreten Fahrplan zur Definition der nächsten Projektschritte notwendig. Dabei werden in einem strukturierten Planungsprozess die Grundlagen für die Umsetzung des Projekts bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus gelegt werden.

In einem darauf aufbauenden Innovationshandbuch soll am Beispiel der Stadt Bottrop gezeigt werden, welche konkreten Arbeitsschritte, Verfahren, Methoden, Werkzeuge und Organisationsstrukturen notwendig sind, um den nachhaltigen Stadtumbau im Bestand zu betreiben. Dieses Handbuch gewährleistet den Informations- und Erkenntnistransfer auf ähnliche Projekte weltweit und dient so als Vorzeigeobjekt.

Der Anspruch der InnovationCity Ruhr als Modellstadt, Vorreiter für den klimagerechten Stadtumbau zu sein, zeigt sich so nicht nur im Bereich Innovation, sondern insbesondere in der Gewährleistung der Übertragbarkeit.

Burkhard Drescher
Geschäftsführer InnovationCity Management GmbH

Berlin, Darmstadt, Hamburg, Köln, Leipzig, Wittenberg: Preis Soziale Stadt 2012 vergeben

Bei der Preisverleihung zum Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2012“ wurden zehn herausragende Beispiele sozialen Engagements zur Verbesserung von Nachbarschaften mit einem Preis und zehn weitere Initiativen mit einer Anerkennung ausgezeichnet. Unter den Preisträgern waren auch Projekte aus Berlin, Darmstadt, Hamburg, Köln, Leipzig und Wittenberg.

Die prämierten Projekte beschäftigen sich unter anderem mit der Förderung von Integration, dem Zusammenhalt durch Stärkung der lokalen Ökonomie, Bildung und Kultur, der direkten Hilfe für benachteiligte Menschen im Quartier sowie dem Miteinander verschiedener Eigentümer in einem Stadtteil. Eine detaillierte Beschreibung der ausgezeichneten Projekte gibt es in der Dokumentation zum Download in der Rubrik „Aus den Städten“ unter www.staedtetag.de.

Essen: „Zusammen leben“ – Ergebnisse einer Befragung zum Thema Integration

Die Umfrage „Zusammen leben in Essen“ wurde mit finanzieller Unterstützung aus dem Landesprogramm „KOMM IN NRW“ durchgeführt. Ziel war es, vor allem Grundlageninformationen für die Integrationspolitik in der Stadt und für den Wirtschaftsstandort Essen zu gewinnen und die Ergebnisse auch anderen Kommunen als Praxisbeispiel zur Verfügung zu stellen.

Die auf kommunaler Ebene relativ einzigartige methodische Anlage der Studie erlaubt es, zum einen Aussagen über Menschen ohne und mit Migrationshintergrund vergleichend zu betrachten, andererseits aber auch die Vielfalt beziehungsweise Unterschiedlichkeit der Migranten und Migrantinnen in Abhängigkeit zum Beispiel von der Herkunft, dem Alter und der Bildung nachzuzeichnen.

Der ausführliche Bericht einschließlich Tabellenband kann heruntergeladen werden unter www.essen.de.

Greifswald: Simulations-Spiel „Energie nachhaltig nutzen“ entwickelt

Mit welchen Maßnahmen lässt sich der Energieverbrauch eines Hauses, einer Universität oder einer ganzen Stadt senken? Das Simulations-Spiel „Energie nachhaltig nutzen“ beschäftigt sich mit diesen Fragestellungen und bringt auf spielerische Weise Schülern, Jugendlichen und Erwachsenen den nachhaltigen Umgang mit Energie näher.

Entwickelt wurde das Simulations-Spiel von der Universität Greifswald und kann online unter www.energie-nachhaltig-nutzen.de ausprobiert werden. Der Spieler soll herausfinden, welche Kombination von Maßnahmen besonders umweltfreundlich und CO₂-sparend ist. Die Universität Greifswald strebt die „CO₂-neutrale Universität“ an, die Stadt möchte bis 2020 insgesamt 14 Prozent weniger Kohlendioxid ausstoßen als 2005 und setzt dazu ein umfangreiches Klimaschutzkonzept um.

Wiesbaden: Demografischer Wandel – Chancen für die Personalarbeit

Kaum eine Entwicklung wird die Personalarbeit in den kommenden Jahren so prägen, wie der Demografische Wandel. Die Abnahme der Bevölkerung und damit auch der Personen im erwerbsfähigen Alter, und die Alterung des Personals stellen die Personalarbeit vor neue Herausforderungen. Das Personal- und Organisationsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden veröffentlicht nun die Ergebnisse zu dem Thema „Demografischer Wandel – Einflüsse und Chancen für die Personalarbeit“. Neben einer allgemeinen Betrachtung der demographischen Entwicklung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene ist eine Altersstrukturanalyse des aktiv beschäftigten Personals durchgeführt worden. Eine Vorausschätzung der Personalentwicklung bis 2025 schloss sich an.

Aus den Ergebnissen der Analysen wurden Handlungsbedarfe sichtbar, die die Grundlagen für das Personalsteuerungskonzept bilden. Weitere Informationen unter www.wiesbaden.de.

KfW-Förderangebot 2013 für Kommunen

Die KfW informiert über zinsgünstige Fördermöglichkeiten für Städte und Zweckverbände. Das komplette Förderangebot ist in einem Infoblatt zusammengefasst, das zum Download bereit steht unter www.kfw.de, darunter auch das neue Angebot für den Aus- und Umbau von Kitas. Die günstigen Zinssätze beginnen bei 0,10 % p.a. nominal (Stand: 14.02.2013) für eine Laufzeit von 10 Jahren.

Mit dem „IKK-Investitionskredit Kommunen“ (www.kfw.de/208) können zudem alle Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur finanziert werden – mit aktuell 0,86 % p. a. nominal für bis zu 10 Jahre Laufzeit und 10 Jahre Zinsbindung (Stand 24.1.2013).

Wettbewerbe „Kommunaler Klimaschutz“ und „Papieratlas 2013“

Ab sofort können sich Kommunen mit vorbildlichen Klimaschutzprojekten am Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2013“ beteiligen. Preisgelder in Höhe von insgesamt 240.000 Euro und eine intensive, begleitende Öffentlichkeitsarbeit sind ausgelobt. Bewerbungen sind bis zum 31. März möglich. Gesucht werden erfolgreich realisierte Klimaschutzprojekte, die in besonderem Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben. Bewerbungen sind in drei Kategorien möglich: Klimaschutz in kommunalen Liegenschaften, kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement sowie kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen.

Bewerbungsunterlagen, Wettbewerbsflyer sowie weitere Informationen gibt es beim Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz unter www.klimaschutz-in-kommunen.de.

Außerdem wurde der Städtewettbewerb „Papieratlas 2013“ gestartet. Ziel des Papieratlas ist es, Städte zur Verwendung von Recyclingpapier in der öffentlichen Beschaffung zu motivieren und dadurch die Akzeptanz und den Verbreitungsgrad des Ressourcen schonenden Papiers zu erhöhen. Ökologische Einspareffekte in den Bereichen Energie, Wasser und CO₂-Emissionen werden ermittelt und der konkrete Nutzen, den Städte mit der Verwendung von Recyclingpapier erzielen, im Papieratlas anschaulich dargestellt. Weitere Informationen zum aktuellen Wettbewerb sind erhältlich unter www.papieratlas.de.

Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013

Die Unionsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte für Europäerinnen und Europäer stehen im Mittelpunkt des „Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013“. Zu diesen Rechten zählen das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen, das Recht auf konsularischen Schutz durch die Konsulate anderer EU-Mitgliedstaaten, das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament, das Recht auf Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten oder – seit 2012 – das Recht auf Mitwirkung an einer Europäischen Bürgerinitiative, einem Volksbegehren auf EU-Ebene.

Zahlreiche Veranstaltungen werden sich in diesem Jahr mit dem Thema befassen; so findet beispielsweise am 16. Juli 2013 in Heidelberg ein Forum statt, bei dem Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, mit Vertretern der EU und ihrer Institutionen in einen Dialog zu treten. Außerdem finden Interessierte auf einer Website weitere Informationen unter <http://europa.eu/citizens-2013>.

Konsultation zum Bundesverkehrswegeplan 2015

Im Verfahren zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplanes 2015 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Entwurf einer neuen Grundkonzeption erarbeitet. Dort werden die Herausforderungen und Ziele des Bundesverkehrswegeplanes, die aktuellen Netzmängel und die notwendigen methodischen Weiterentwicklungen analysiert und eine Strategie entwickelt, die eine Priorisierung der zukünftigen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen ermöglichen soll.

Entsprechend dem Konzept zur Öffentlichkeitsbeteiligung ist für den Entwurf der Grundkonzeption ein Konsultationsverfahren mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbänden vorgesehen. Das Online-Konsultationsverfahren ist hierfür bereits frei geschaltet. Bis zum 15. März besteht die Möglichkeit, zum Entwurf umfassend Stellung zu nehmen. Den vollständigen Entwurf der Grundkonzeption sowie eine Kurzfassung können Sie auf den Internetseiten des Bundesverkehrsministeriums herunterladen. Dort erreichen Sie auch das Online-Konsultationsverfahren unter www.bmvbs.de/bvwp2015.

Deutscher Städtetag

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat in Bremerhaven am 6. Februar folgende neue Mitglieder ins Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes gewählt:

Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen; **Charlotte Britz**, Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Saarbrücken; **Peter Feldmann**, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main; **Gudrun Heute-Bluhm**, Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach; **Frank Klingebiel**, Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter; **Markus Lewe**, Oberbürgermeister der Stadt Münster; **Jürgen Roters**, Oberbürgermeister der Stadt Köln sowie **Dr. Dietlind Tiemann**, Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel.



Lörrachs Oberbürgermeisterin **Gudrun Heute-Bluhm** wurde 1995 ins höchste Amt der Stadt gewählt und 2003 sowie 2011 wiedergewählt. Die Christdemokratin gehört seit 2006 dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an.



Frank Klingebiel, Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, steht seit 2006 an der Spitze der Stadt. Er ist seit vergangenem Jahr Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Der Christdemokrat ist Präsident des Niedersächsischen Städtetages.



Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen, steht seit 2003 an der Spitze der Stadt und wurde 2011 wiedergewählt. Barbara Bosch ist parteilos und seit 2010 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Sie ist seit 2011 Präsidentin des baden-württembergischen Städtetages.



Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster, wurde 2009 in sein Amt gewählt. Markus Lewe ist Mitglied der CDU.



Die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Saarbrücken, **Charlotte Britz** wurde 2004 an die Stadtspitze gewählt und 2011 in ihrem Amt bestätigt. Die Sozialdemokratin ist seit 2004 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Der Kölner Oberbürgermeister **Jürgen Roters** steht seit 2009 an der Stadtspitze. Der Sozialdemokrat gehört seit dem selben Jahr auch dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an.



Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, **Peter Feldmann** (SPD), wurde 2012 zum Stadtoberhaupt von Frankfurt am Main gewählt. Er ist damit auch Gastgeber der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April.



Dr. Dietlind Tiemann, Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel, wurde im Jahr 2003 in ihr Amt gewählt und 2011 an der Spitze der Stadt bestätigt. Die Christdemokratin ist seit 2004 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Wiederwahl



Burkhard Jung wurde am 17. Februar als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig wiedergewählt. Im Jahr 2006 wurde er erstmals zum Stadtoberhaupt der sächsischen Stadt gewählt. Der Sozialdemokrat ist seit 2007 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages und seit 2006 Mitglied im

Hauptausschuss. Burkhard Jung feiert am 7. März seinen 55. Geburtstag.

Neuwahl



Der Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, **Norbert Bude**, ist am 15. Februar zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK) gewählt worden. Norbert Bude (SPD) ist seit 2004 Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach und

wurde 2009 wiedergewählt. Er gehört seit 2009 dem Präsidium und dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an. Der 53-Jährige ist Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen.

Todesfall



Am 31. Januar ist der langjährige Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, **Dr. Hans-Henning Becker-Birck**, im Alter von 75 Jahren verstorben. Kurz nach dem Mauerfall begann am 1. Januar 1990 seine Amtszeit, die am 31. Dezember 2001 endete. Der Deutsche Städtetag

hat Dr. Hans-Henning Becker-Birck in seiner aktiven Zeit als Hauptgeschäftsführer stets als einen ausgesprochen kompetenten, fairen und freundlichen Gesprächspartner erleben dürfen, der sich auch nach seiner Pensionierung noch im ZDF-Fernsehrat und -Verwaltungsrat engagiert und die Interessen der Kommunen wirkungsvoll vertreten hat.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail und Newsletter

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik „Veröffentlichungen“ registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter mailservice@staedtetag.de.

Interessenten aus der Mitgliedschaft des Deutschen Städtetages können sich darüber hinaus auch für den Newsletter des Deutschen Städtetages registrieren unter <http://extranet.staedtetag.de> in der Rubrik „Newsletter“. Sie erhalten darin Hinweise auf weitere aktuelle Informationen im Mitgliederservice Extranet.



Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es Investitionen ermöglicht,
die sich für die Umwelt rentieren.



Sparkassen fördern den Wachstumsmarkt Umwelt. Mit ihren Finanzierungs- und Beratungsangeboten unterstützen sie den Ausbau innovativer Klimaschutztechnologien. Gemeinsam mit ihren Kunden tragen sie so zu einer erfolgreichen Energiewende in Deutschland bei. Das ist gut für die Wirtschaft und gut für die Umwelt. www.gut-fuer-deutschland.de

Finanzen

Städte in Not – Leere Kassen und die Auswirkungen auf Städte und die städtische Zivilgesellschaft

Veranstaltung des Deutschen Instituts für Urbanistik
in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag
13. bis 14. Mai 2013 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

Bildung

Gemeinsam anders? Anspruch und Wirklichkeit der Inklusion in deutschen Schulen

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
16. bis 17. Mai 2013 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

Soziales

Forum Frühe Kindheit 2013 „Trennung, Tod und Trauer in den ersten Lebensjahren“

Veranstaltungsreihe der Universitäten Siegen und Köln
25. bis 27. April 2013 in Köln

Weitere Informationen unter www.forum-fruehe-kindheit.de

Stadtentwicklung

Stresstest Bürgerbeteiligung an bedeutsamen Projekten der Stadtentwicklung. Herausforderungen für Politik, Verwaltung und Bürgerschaft

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
11. bis 12. März 2013 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

Verkehr

Veranstaltungsreihe „kommunal mobil“: Beteiligungsprozesse – Unterschätztes Potential in der Verkehrsplanung

Fachtagung des Umweltbundesamtes und des Deutschen Instituts für Urbanistik unter Mitwirkung des Deutschen Städtetages
6. bis 7. Juni 2013 in Dessau-Roßlau

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Straßen-Geo-Kongress 2013

Fachkongress der hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung
19. bis 20. März 2013 in Frankfurt am Main

Weitere Informationen unter www.strassen-geo-kongress.de

Recht

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – ein alltagskulturelles Phänomen? Kommunale Handlungsstrategien

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
21. bis 22. März 2013 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Februar 2013

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 022 24/1874-510, Fax: 022 24/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de